



Presseinformation

Nr. 083/2008

Kiel, Freitag, 29. Februar 2008

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Ekkehard Klug: „Defusionierung des UKSH wäre die bei weitem beste Lösung“

In der Landtagsdebatte zu TOP 32 (Zukunft des Universitätsklinikums) erklärte der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Ob die Landesregierung in der Lage ist, die Probleme des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein in den Griff zu bekommen, erscheint in wachsendem Maße zweifelhaft. Vielmehr wird die Art und Weise, mit der das Land „sein“ Universitätsklinikum steuert, immer mehr selbst zur Ursache für die Krise des UKSH.“

Dem Vernehmen nach ist die vor einem Monat getroffene Entscheidung zum Verwaltungssitz ja nicht einmal auf der Grundlage einer Kabinettsvorlage gefallen. Falls nun auch diese Entscheidung nicht die prognostizierten Einsparungen, sondern durch erhebliche Umsetzungsprobleme und Folgewirkungen weiteren Schaden für das UKSH mit sich bringen sollte, dann wäre dies in der Tat ein weiteres Beispiel für den Dilettantismus im Umgang mit den Schwierigkeiten, die am UKSH zu lösen sind.

Die Landesregierung hat, wie wir uns erinnern, bis Mitte des Jahres 2008 ein umfassendes Sanierungskonzept angekündigt. Darin sollten sich im Kern jene Ziele widerspiegeln, die auch der vorliegende Antrag einfordert. Wir halten es auch für selbstverständlich, dass jedenfalls nicht im Vorwege vollendete Tatsachen geschaffen werden, etwa durch Teilprivatisierungen oder Teilverkäufe. Die kürzlich im Bildungs- und Finanzausschuss zur durchgeführten Markterkundung gegebenen Informationen können hier - wegen der beschlossenen Nichtöffentlichkeit der Sitzung - nicht im Einzelnen angesprochen werden. Ganz allgemein möchte ich das, was uns berichtet wurde, jedoch folgendermaßen bewerten: Es wäre ein kleines Wunder, wenn die in Aussicht gestellten Ergebnisse von Ausgliederungen tatsächlich zu den versprochenen Erfolgen führten. Wunder hat die Politik der Landesregierung in Sachen UKSH freilich bisher noch nie zustande

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

gebracht. Allenfalls ging daraus das hervor, was volkstümlich mit der Bezeichnung „blaues Wunder“ umschrieben wird.

Generell ist deutlich geworden, dass die vom Wissenschaftsministerium favorisierten Ausgliederungen nicht in dem Umfang und in der Weise durchgeführt werden können, wie sich manche wohl vorher vorgestellt haben. Die Anzahl der Interessenten ist zudem in vielen Bereichen viel geringer, als auch in einigen Presseveröffentlichungen in jüngster Zeit vermuten ließen. Vielfach käme es bei Ausgliederungen zu sogenannten Schnittstellenproblemen, durch die allfällige Einsparungen vermutlich rasch wieder aufgezehrt würden.

Immer deutlicher wird auch die Bedeutung, die ein funktionierendes Management - vom Vorstand über die „mittlere Ebene“ bis hin zu einzelnen Verwaltungsbereichen - für den wirtschaftlichen Erfolg des Universitätsklinikums hat. Gerade diese Steuerungsfähigkeit würde im Falle einer scheinweisen Teilprivatisierung – einer Aufgliederung in diverse nebeneinander eigenständig geführte Teilbereiche - erheblich in Frage gestellt.

Allem Anschein hapert es beim UKSH heute bereits an einem solchen funktionierenden Management - was sich etwa daran zeigt, dass offenkundig viel zu viele Detailentscheidungen auf der Vorstandsebene getroffen werden. Wozu das führt, das pfeifen die Spatzen von den Klinikdächern.

Auch auf der Ebene „darunter“ stößt man auf zahlreiche Probleme, die durch die bestehenden Strukturen und die Personalsituation entstehen. Wenn man zum Beispiel hört, dass im Bedarfsfall ein Support vor Ort durch die Zentrale Einrichtung Informationstechnologie erst nach einem Tag erfolgt, dann ist doch offensichtlich, dass ein so komplexer Betrieb wie das UKSH auf diese Weise nicht effizient geführt werden kann.

Ohne dass ich hier alles wiederholen möchte (und kann), was ich zum Thema UKSH bereits am 31. Januar ausgeführt habe, will ich abschließend feststellen: Aus Sicht der FDP wird immer deutlicher, dass eine Defusionierung des UKSH und ein „Neustart“ an beiden Standorten unter Einführung handlungsfähiger Strukturen der bei weitem beste Ausweg aus der Dauermisere des UKSH wäre. Für die Universität Lübeck würde sich dies mit der Chance verbinden, als Stiftungsuniversität mit eigenem Klinikum neue Entwicklungsperspektiven zu gewinnen. Dieses von der FDP seit langem favorisierte Konzept findet in Lübeck *und* in Kiel immer mehr Befürworter.“